

25. April 2004  
Kurier

## **Protest Umweltgruppen drohen mit „Hainburger Zuständen“**

Die Umweltorganisationen WWF, Global 2000 und Greenpeace sowie der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) kündigten am Montag drastische Maßnahmen gegen Österreichs „verfehlte Verkehrspolitik“ an. Heinz Högelsberger von Global 2000 drohte mit „Hainburger Zuständen, sollte der geplante Bau der Lobau-Autobahn tatsächlich versucht werden“: „Dann wird es eine neue Besetzungsbewegung geben.“

Greenpeace wiederum will noch diese Woche in Niederösterreich gegen maufflüchtige Lkw auf Bundesstraßen mobil machen und Vergehen bei der Gendarmerie anzeigen. Diese Aktion wird, so Erwin Mayer, voraussichtlich im Triestingtal starten: „Wir werden Fotos machen und Auto Kennzeichen notieren. Die Gendarmerie hat uns mitgeteilt, dass sie das Problem mangels Personal nicht lösen kann. Wir können es.“

### **City-Maut**

Greenpeace forderte am Montag die Einführung des Pkw-Road-Pricing, der City Maut und den totalen Ausbaustopp des Straßennetzes in Österreich. „Jeder neue Kilometer ist ein Kilometer zu viel“, so Mayer. In Ostösterreich bilde sich massiver Widerstand gegen die heimische Verkehrspolitik. „Derzeit gibt es dort über 30 neue Bürgerinitiativen und wöchentlich werden es mehr. Und wir helfen ihnen, indem wir Know-how von Initiativen in Westösterreich in den Osten transferieren.“

Laut Martin Blum vom VCÖ wird der Güterverkehr auf Österreichs Straßen bis ins Jahr 2010 auf 35,4 Milliarden Tonnen ansteigen: „Das sind um 7,4 Milliarden Tonnenkilometer mehr als im Jahr 2000.“

Der VCÖ forderte den vorrangigen Ausbau der Schiene sowie eine flächendeckende Lkw-Maut. Blum: „Die Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Abgase hat das Maß des Erträglichen erreicht.“

Auch müsse man von der Mär abkommen, dass der Lkw-Verkehr in Österreich hauptsächlich ein Transitproblem bedeute. „Rund 90 Prozent des Lkw-Verkehrs sind hausgemacht.“

Ebenfalls am Montag kritisierten die Grünen die Belastung der Wiener Luft mit Feinstaub, vor allem im Bezirk Hietzing. Dort seien heuer bereits über dreißig Mal die Grenzwerte überschritten worden. Sie forderten Tempolimits und die Aufhebung der steuerlichen Begünstigung von Diesel.